



INKLUSION: ACHT

kann der Unterricht eine Chance für alle Beteiligten darstellen und viel Spaß machen. In Schweden beispielsweise ist es so, dass die Lehrer in Arbeitsräumen gemeinsam ihren Unterricht planen und sich gegenseitig unterstützen und bei Bedarf auch mit in den Unterricht des Kollegen kommen. Diese Art der Kommunikation und Aufgeschlossenheit gegenüber der Inklusion vermisse ich in Hamburger Schulen.

(5) Von der Politik würde ich mir wünschen, dass mehr finanzielle Mittel in Bildung investiert werden. Zum einen, um mehr Lehrer einzustellen und ihnen gute Fortbildungs- und Supervisionsangebote zu bieten. Zum anderen eine bessere materielle Ausstattung, um lebenswelt- und handlungsorientierten Unterricht an Schulen gewährleisten zu können. Die schulische Arbeit sollte durch Schulpsychologen, Sozialpädagogen und Erzieher unterstützt werden. Investition in Bildung sichert gesellschaftliche Zukunft!

Manuela Kirschbaum

(1) Gesund zu bleiben in dem Durcheinander ist die größte Anstrengung. Das heißt, meine Kräfte einzuteilen und am Wesentlichen der Inklusionsarbeit dran zu bleiben. Viele LehrerInnen sind verzweifelt und überfordert mit der neuen Schülerschaft. Krank werden ist die Folge! Die Jahreszeit tut das Ihre noch dazu.

Die Ausfälle aufzufangen



Manuela Kirschbaum (48J)
Erzieherin seit 20 Jahren. Arbeit an der Berufsschule für Behinderte Menschen, Sonderschule, Integrationsschule und aktuell an einer Ganztagsgrundschule in Eimsbüttel

bedeutet, den Prozess in der eigenen Klasse unterbrechen zu müssen und sich immer wieder neu einzufinden. Dann wird aus Flexibilität ein Chaos. Das kostet viel Kraft.

(2) Die SchülerInnen verlieren schnell den Anschluss, um den Stoff im didaktischen Aufbau verfolgen zu können. Sie sind auf die ständige Hilfe der Erzieher angewiesen. Diesen Bedarf können Lehrer alleine in der Klasse nicht leisten. Folglich geraten diese Schüler ins Hintertreffen, langweilen sich und beginnen den Unterricht zu stören.

(3+4) Da sind keine Lösungswege in Sicht. In erster Linie muss der Anspruch der Inklusion akzeptiert werden, sonst ist weder Umdenken noch Erleichterung im Schulalltag möglich. Natürlich sind Fortbildungen notwendig, aber auch ein Umdenken im Unterrichten. Ganzheitliches Begreifen. Es gilt, mehr aus dem Alltag der Schüler in den zu lernenden Stoff einzubringen. Der Schwerpunkt Sprechen und Sehen kann erweitert werden, z.B. durch Tasten, Spielen etc..

(5) Von Seiten der Behörde gab es zu viele Beschlüsse in kurzen Zeitabständen. Primarschule, Ganztagschule, Inklusion.....

Schulen sind für solche Pakete zu komplex, um sie einmal umzusetzen. Neufindung im Schulalltag bedarf Zeit, muss genau durchdacht und Schritt für Schritt umgesetzt werden. Die gegenwärtige Art und Weise ist sehr halbherzig und sehr praxisfern gedacht.

Ich finde die Idee von Inklusion gut. Die bietet die Möglichkeit, Bildung flexibler zu vermitteln. Um jedoch die Absicht einer Verbesserung im Bildungswesen von Seiten der Schulverwaltung ernst nehmen zu können, muss entsprechend Personal zur Verfügung stehen. Es muss für Doppelbesetzungen in den Klassen gesorgt werden, sonst wird aus Individualisierung und Flexibilität ganz schnell Chaos.

Auf den Anfang kommt es an!

Inklusion in Grundschulen heißt: schlechter Zeitfaktor und ungeregelte Vertretung

In den Grundschulen ist es ruhig. Kein Aufschrei, keine Empörung, keine Forderungen von

Schulleitungen und Kollegien, wie man es in den letzten Wochen seitens der Stadtteilschulen

erleben konnte, bevor Herr Rabe seine Eckpunkte zur Inklusion verkündete.



Sind wir PädagogInnen in Grundschulen zu duldsam? Über 80% sind weiblich

Sind wir zu bemüht, den Kindern bis zur eigenen Erschöpfung gerecht zu werden, ohne an unsere Ressourcen, unser Work-Life Balance, unsere Gesundheit zu denken? Sind wir zu ängstlich, gar zu resignativ, um aufzubegehren?

Was ist seitens der BSB geplant?

Alle Grundschulen müssen auf Elternwunsch sogenannte LSE-Förderkinder (Lernen-Sprache-Emotionale/Soziale Entwicklung) aufnehmen. Dafür erhalten sie ab 2012/13 eine zusätzliche Ressource von durchschnittlich(!) 4% mehr PädagogInnen (60% ErzieherInnen, 40% SonderpädagogInnen) orientiert an der jeweiligen Schülerzahl. Damit stünden 3,5 Unterrichtsstunden sonderpädagogische Förderung pro förderbedürftigem Kind im Idealfall zur Verfügung, bei Ganztagsbeschulung 3,8 Std.

Dies sind nur Durchschnittswerte. Es wird eine noch nicht näher bezeichnete, dezidierte (!) Staffellung nach Sozialindex geben.

Kinder mit diagnostizierter klassischer Behinderung erhalten eine schülerbezogene Ressource von 7 Std. bzw. 9 Std. bei Ganztagsbeschulung und sollen auf Elternwunsch an den vorhandenen I- und IR Standorten beschult werden.

Was kommt eigentlich auf uns zu?

80% der LSE-Kinder, die zuvor in Förder- und Sprachheilschulen unterrichtet wurden, werden sich in Zukunft in den Regelschulen wieder finden, so die Prognose.

Die systembezogene Zuweisung für LSE-Kinder muss vor

Ort verteilt werden. Über die Verteilung entscheidet die Schule. Damit kommt weitere Konzept- und Umsetzungsarbeit auf uns zu.

Fragen, die uns erwarten und mit deren Lösung die Schulen allein gelassen werden:

Wie sollen die knappen Ressourcen an Schule verteilt werden? Die kommenden 1. Klas-

zahl dieser Kinder hat sich in den letzten zwei Jahren verdoppelt. Die Erfahrungsberichte aus bestehenden IF- oder I-neu Klassen – und in diesem Ausstattungsrahmen wird sich die Inklusion weiter bewegen – geben keinen Mut für die Zukunft. Kaum eine Klasse schafft es mit 4 anerkannten (!!!) LSE-Kindern, die Hälfte der Unterrichtsstun-



Wir wollen eine echte Chance.

sen erhalten die Neuzuweisung (s.oben), die IR-, I-, IF-, I-neu Klassen Jahrgang 2, 3 und 4 bleiben daneben bestehen. Sie sollen heraus wachsen. Wird es fünf verschiedene Ausstattungssysteme die nächsten Jahre nebeneinander geben!?

Wer trifft die Entscheidung über die Ressourcenverteilung vor Ort?

Wer diagnostiziert? Mit welchen Diagnoseverfahren? Welche Ressourcen gibt es dafür?

Und vor allem: Wer trägt die Verantwortung für eine gelingende Inklusion?

Was bedeutet Inklusion in Grundschule?

Derzeit inkludieren bereits 176 von 204 Grundschulen Schüler mit LSE-Förderbedarf. Die An-

den doppelt zu besetzten. (Mit diesem Rechenbeispiel wirbt die BSB.)

In den doppelt besetzten Stunden werden sich die SonderpädagogIn und die ErzieherIn die Klinke in die Hand geben. Es sind *keine Kooperations- und Besprechungszeiten* für Lehrkräfte und PädagogInnen vorgesehen.

Die *Vertretung*, insbesondere für erkrankte ErzieherInnen, ist *ungeregelt*. Diese aber sollen 60% der Doppelbesetzungen sicherstellen!!

Wer trägt die Verantwortung für gelingende Inklusion?

Die Verantwortung für gelingende Inklusion tragen in erster Linie die KlassenlehrerInnen. Sie sind für ihre Klasse und den



INKLUSION: ACHT

Gesamtunterricht zuständig und werden größtenteils allein vor den Schülern stehen. Die Aufgabe der SonderpädagogInnen besteht in Steuerung und Diagnostik. Die ErzieherInnen sollen als Lernbegleiter unterstützen.

Die Eltern werden die KlassenlehrerInnen zur Rechenschaft ziehen, wenn sie das Gefühl haben, ihr Kind wird nicht adäquat gefördert. Und gerade in Grundschulen sind Eltern sehr präsent. Es ist der erste Kontakt mit Schule. Sie wissen eben: Auf den Anfang kommt es an. Und

... in den Grundschulen werden die Weichen gestellt: Gymnasialempfehlung oder nicht.

Mit dem geringsten Stundenfaktor aller Schulformen von 1,35 sollen die Lehrkräfte einen individualisierten Unterricht vorbereiten, der LSE- und ggf. behinderten Kindern, entwicklungsverzögerten Kindern, Nicht-Klassenwiederholern, Migranten, Begabten und Hochbegabten gerecht wird.

Dies sind ausbrennende und krankmachende Arbeitsbedingungen. Schon jetzt lässt sich an

der deutlich gestiegenen Krankheitsquote der GrundschulpädagogInnen und ErzieherInnen ablesen, was auf uns zukommt.

Was ist zu tun?

Die erdulde Haltung ablegen, nicht in die innere Emigration gehen, nicht seine persönliche Nische oder gar Krankheit suchen, sondern sich gemeinsam für Gelingensbedingungen einsetzen!

REGINA TRETOW
Fachgruppe Grundschulen

Warum nur Stadtteilschulen?!

Reden auf der Demo am 24. November: *„Ja zur Inklusion von Schülern mit Behinderungen! Größte Schulreform seit Jahrzehnten benötigt mehr Mittel im Hamburger Haushalt“*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Liebe MitstreiterInnen und Mitstreiter!

Als Vater eines schulpflichtigen Kindes spreche ich heute zu Ihnen für die Gemeinschaft der Elternräte an Stadtteilschulen in Hamburg.

Ja, wir sind für die Inklusion von Schülern mit Behinderungen!

Hamburg kann hier auf die langjährigen und guten Erfahrungen aufbauen, die die Schulen mit Integrationsklassen und integrativen Regelklassen gemacht haben.

Das gestern veröffentlichte Konzept des Schulsenators

verstößt aber massiv gegen die Gelingensbedingungen von Inklusion.

Als Elternteil und Nichtfachmann will und kann ich Ihnen an dieser Stelle gar nicht im Einzelnen aufdröseln, wo es an Personal, Räumen, Weiterbildung und anderen Ressourcen überall mangeln wird.

Für uns Eltern von Stadtteilschulen ist der Eindruck entscheidend, dass Inklusion so nicht gelingen kann.

Und weshalb eigentlich soll die Inklusion, insbesondere für Kinder mit dem Förderbedarf Lernen, Sprache und Verhalten, nur von den Stadtteilschulen zu leisten sein?

Nimmt man das Zweisäulenmodell der schulischen

Bildung Ernst, sollten die Gymnasien – bezogen auf die Anmeldezahlen – mindestens die Hälfte dazu beitragen und zwar ungeachtet der Schullaufbahnpflichtung und ohne Abschulungsmöglichkeiten!

Wenn das nicht geschieht und man die Stadtteilschulen mit einer unzureichend ausgestatteten Inklusion alleine lässt, kann das die Funktionsfähigkeit der Stadtteilschulen gefährden. So werden sie dann für Eltern weniger attraktiv.

Obwohl der Senator immer wieder beteuert, dass er die Stadtteilschulen stärken möchte, laufen sie dann Gefahr, zu Restschulen zu werden. Statt des Zweisäulenmodells das Zweiklassenmodell! So wird dann auch die Inklusion an die Wand gefahren.

Wenn die Inklusion nicht so ausgestattet wird wie erforderlich, wenn die ungelösten Fragen

- der Ganztagsbetreuung
- der fehlenden oder zu teuren Mittagsversorgung an Ganztagschulen
- der Raumnot an den Schulen
- und des Wohnortprinzips, das Kindern den Besuch ihrer